17. Hat ein Schriftstück, welches die Ladung eines Angeklagten zur Hauptverhandlung enthält, die Eigenschaft einer öffentlichen Urkunde auch dann, wenn es nicht von dem Staatsanwalt, sondern von dem Vorsitzenden des Gerichtes ausgestellt und unterzeichnet ist?

St.G.B. §. 267.

St.P.D. §§. 213. 215.

IV. Straffenat. Ur. v. 6./13. Juli 1888 g. B. Rep. 1361/88.

I. Landgericht Münster.

Der Angeklagte hatte dem G. ein Schriftstück mittels der Post zugesandt, in welchem G. als Angeklagter zu einem Termine vor dem Schwurgerichte geladen wurde, und zwar unter Androhung einer Geld- oder Gefängnisstrafe für den Fall des Ausbleibens. Das Schriftstück war unterschrieben: „Das Schwurgericht. Der Präsident.“ Der Angeklagte hatte das Schriftstück angefertigt, und war deshalb

gegen ihn das Hauptverfahren wegen fälschlicher Anfertigung einer öffentlichen Urkunde eröffnet worden. Er wurde jedoch von der Anklage der Urkundenfälschung freigesprochen, und ist die gegen diese Entscheidung eingelegte Revision verworfen worden.

Aus den Gründen:

Die Revision der Staatsanwaltschaft rügt Verletzung des §. 267 St.G.B.'s durch Nichtanwendung.

In thatsächlicher und deshalb in dieser Instanz unangreifbarer Auslegung des vom Angeklagten angefertigten Schriftstückes hat die Vorinstanz zwar angenommen, daß dasselbe als Ladung des E. als Angeklagten zum Verhandlungstermine vor dem Schwurgerichte (also zu einer Hauptverhandlung) aufzufassen sei, hat jedoch weiter angenommen, daß es als solche den gesetzlichen Erfordernissen nicht entspreche, und hat ihm deshalb die Eigenschaft einer öffentlichen Urkunde abgesprochen.

Da nach §. 380 C.B.D. die Kriterien einer öffentlichen Urkunde darin zu suchen sind, daß sie

1. von einer Behörde oder von einer mit öffentlichem Glauben versehenen Person,
 2. innerhalb der Grenzen ihrer Zuständigkeit und
 3. in der vom Gesetze vorgeschriebenen Form aufgenommen,
- so muß der vorinstanzlichen Annahme beigezpflichtet werden, sobald das inkriminierte Schriftstück bei vorausgesetzter Echtheit diesen drei Anforderungen oder einer derselben nicht genügt,

Die Vorinstanz behauptet dies und meint, daß weder die vom Gesetze für derartige Ladungen vorgeschriebene Form beobachtet, noch die Zuständigkeitsgrenze gewahrt sei.

In ersterer Beziehung bemängelt sie zunächst, daß der Beschluß über die Eröffnung des Hauptverfahrens dem Schriftstücke nicht beigelegt gewesen, und daß dasselbe auch die für die Ladung eines Angeklagten vorgeschriebene Warnung nicht enthalte, somit die in den §§. 214, 215 St.B.D. angeordnete Form nicht beobachtet worden. Daß diese Mängel von irgend welchem Einflusse auf die Qualität des Schriftstückes als einer Ladung sein könnten, ist der Vorinstanz nicht zuzugeben. Abgesehen davon, daß der §. 214 St.B.D., indem er bestimmt, daß der Beschluß spätestens mit der Ladung zuzustellen, eine frühere Zustellung nicht ausschließt, bildet auch die Beifügung

kein den Rechtsbestand der Ladung bedingendes Essentiale derselben, da anderenfalls auch nach Vertagung einer Hauptverhandlung der erneuten Ladung des Angeklagten der Beschluß nochmals beigefügt werden müßte, eine Vorschrift, die im Gesetze nicht enthalten ist. Dagegen gehört allerdings die dem Geladenen zu stellende Warnung zu den gesetzlichen Bestandteilen einer Ladung, und es ist richtig, daß die in das Schriftstück aufgenommene Warnung der des §. 215 a. a. D. nicht entspricht, vielmehr durch die Androhung einer Geld- und eventuellen Freiheitsstrafe mehr den für die Ladung von Zeugen vorgeschriebenen Warnungen gleicht. Indessen kann dieser Umstand nicht geeignet sein, dem Schriftstücke die Qualität und Bedeutung einer Ladung zu entziehen, da wesentlich für die Ladung neben dem Gebote des Erscheinens nur der Hinweis darauf ist, daß eine ungehorsame Nichtbefolgung des Gebotes gesetzliche Strafen nach sich zieht. Ein etwaiger Irrtum oder Schreibfehler bei der Angabe der Strafsfolgen hebt die Rechtsgültigkeit der Ladung nicht auf. Wenn die Vorinstanz einen weiteren Mangel darin findet, daß das Schriftstück dem G. nicht formell zugestellt, sondern durch die Post übersendet worden sei, so stellt sich allen den aus dieser Thatsache gezogenen Folgerungen die Erwägung entgegen, daß die Zustellung wohl ein zur Ausführung der Ladung gehöriger Akt ist, jedoch zu dem Inhalte des die Ladung enthaltenden Schriftstückes ohne Beziehung bleibt.

Dagegen läßt sich die Annahme der Vorinstanz, daß das Merkmal der Zuständigkeit nicht erfüllt sei, rechtlich nicht beanstanden. Nach §. 213 St.P.D. hat die Staatsanwaltschaft die zu der Hauptverhandlung erforderlichen Ladungen, also auch die des Angeklagten, zu „bewirken“. Der Begriff des Bewirkens steht im Gegensatze zu dem im §. 221 Abs. 2 St.P.D. hervorgehobenen Anordnen der Ladungen und deckt nicht bloß diejenige Thätigkeit, durch welche die Zustellung der Ladung durch den betreffenden Beamten veranlaßt wird, sondern auch alle diejenigen Akte, welche zur Ausführung einer sei es vom Gerichte oder dessen Vorsitzenden angeordneten, oder von der Staatsanwaltschaft von Amts wegen für erforderlich erachteten Ladung notwendig sind. Zu diesen Akten aber gehört unbedenklich auch die Anfertigung und Vollziehung des die Ladung, also das Gebot des Erscheinens und die Androhung der Strafen für Ungehorsam, enthaltenden Schriftstückes. Daß auch der Gesetzgeber diesen

Sinn mit der Vorschrift des §. 213 a. a. D. hat verbinden wollen, lassen die Motive zu dem Entwurfe des §. 177 (§. 213 des Gesetzes) nicht zweifelhaft. „Insoweit“, heißt es daselbst,

vgl. Hahn, Materialien Bd. 1 S. 175,

„für die Vorbereitung der Hauptverhandlung eine Thätigkeit der Behörden erforderlich ist, hat der Entwurf dieselbe thunlichst der Staatsanwaltschaft übertragen.“ Es soll also das Gericht Ladungen wohl anordnen können, die weitere Thätigkeit zur Ausführung dieser Anordnung aber, also die Ausfertigung derselben, ihre Revision und Unterzeichnung, sowie demnächst der Verkehr mit dem Zustellungsbeamten soll zu den Pflichten des Staatsanwaltes gehören.

Ist dies richtig, so irrte die Vorinstanz nicht, wenn sie annahm, daß die Unterzeichnung und der Erlaß der Ladung eines Angeklagten zur Hauptverhandlung in den Amtsbefugnissen weder des Schwurgerichtes noch des Vorsitzenden dieses Gerichtshofes liege. Zwar behauptet die Revision, daß es ausnahmsweise und insbesondere in eiligen Fällen dem Gerichte, beziehentlich dessen Vorsitzenden gestattet sein müsse, Ladungen selbst auszufertigen und deren Zustellung zu veranlassen, und ist es richtig, daß diese Ansicht auch sonst ihre Vertreter gefunden hat. Mag nun auch zugegeben werden, daß sich zu Gunsten derselben die Behauptung aufstellen ließe, in der Befugnis zur Anordnung der Ladung müsse auch die Zuständigkeit liegen, die Anordnung in Form bereits ausgefertigter und vollzogener Ladung zu treffen; daß ferner auf den in den Motiven gebrauchten Ausdruck „thunlichst“ hingewiesen werden könnte, der die Ausnahmslosigkeit der Vorschrift zu beseitigen geeignet sei, und daß endlich auch sich der §. 231 St. P. D. insofern heranziehen ließe, als es innerhalb der Zuständigkeit des Gerichtes liegt, zu bestimmen, ob neben der Warnung dieses Paragraphen noch die des §. 215 a. a. D. in der Ladung Platz finden solle oder nicht. Indessen wird doch durch alle diese Erwägungen der Unterschied, den das Gesetz zwischen Anordnen und Bewirken der Ladung macht, nicht verwischt und die Grenze, die der §. 213 der Zuständigkeit des Gerichtes und der Staatsanwaltschaft setzt, nicht beseitigt. Gänzlich fehl aber geht die Revision, wenn sie sich für ihre Ansicht auf die Entscheidung des Reichsgerichtes vom 14. April 1882¹ beruft;

¹ Vgl. Bd. 6 S. 179.

denn diese, indem sie eine vom Gerichte selbst bewirkte Zustellung der Urteilsausfertigung zur Begründung der Rechtsmittelfrist für ausreichend erachtet, behandelt nur einen Fall, der unter die allgemeine Anordnung des §. 36, nicht unter die Spezialvorschrift des §. 213 fällt.